

ENERGIE

Ein HUI zum Thema Energie aus Oldenburg - wie passend. Diese Stadt hat den größten Energieverbrauch der Republik. Woran das wohl liegt? Der Strompreis der EWE ist verdammt niedrig. Aber das entscheidende ist die Siedlungsstruktur, denn kaum ein Haus ist höher als 3 Stockwerke. Einfamilienhäuschen soweit das Auge reicht, auf einer Fläche, auf der andere Städte das 4fache an Einwohnern unterkriegen. 120 000 Leute leben in einem riesigen Dorf.

Durch diese fatale Wahrheit schockiert, sind wir noch motivierter, Euch nahezubringen, wie die Stromwirtschaft funktioniert und wie wichtig es ist, an der Energiepolitik und -versorgung etwas zu ändern.

In Sachen Energie gab es in letzter Zeit riesige Turbulenzen auf gesetzlicher wie wirtschaftlicher und politischer Ebene. Mit der Öffnung des Strommarktes kann theoretisch jedeR Kunde seinen Anbieter frei wählen. Die Praxis sieht bisher oft jedoch etwas anders aus.

Die Stromwirtschaft ist (absichtlich) kompliziert organisiert, so dass es schwierig ist, Chancen für regenerative Energiequellen auszumachen.

Was hat es mit den Anbietern von Ökostrom auf sich, welche sind wirklich echt?

Die Diskussionen kreisen immer darum, wie wir unseren Strombedarf decken können, oft kommen Argumente, dass regenerativen Energiequellen alleine nie ausreichen könnten. Aber es wird vergessen, was für ein riesiges Potential beim Energiesparen vorhanden ist. Mit einer neuen Wette können Schulen und Universitäten den EU-Regierungen zeigen, wie groß das Potential ist.

Wir können bei uns anfangen. Oder an unserer Uni, das sind schon andere Dimensionen. Aber was bedeutet Strom eigentlich in unserer abendländisch postmodernen, globalisierten Industriegesellschaft? Schon in 21 Tagen könnte ein Horrorszenario Wirklichkeit werden....

Inhalt

Wähle Deinen Stromversorger selbst	21
Ökostrom	24
Sustainable Energy Scenario for Europe	27
Aufruf zur Umstellung der Hochschulen und Studiwerke auf Ökostrom	28
Bekennende Sparschweine	29
Die deutsche Wette: Schulen schlagen Schröder	31
„die Wette“ goes Europe: THE BET	32
Ausstieg oder nicht Ausstieg – das ist keine Frage!	33
Konsens ist Nonsens?	35
Bitte alle austeigen !	36
Eine Milleniums-Mähr	38
Stromeinspeisegesetz	39
Energie - Literatur	39

Wähle Deinen Stromversorger selbst

Die Folgen der Liberalisierung des Strommarktes für Ökostrom und Energiesparen

Was für Auswirkungen hat das neue Energiewirtschaftsgesetz von 1998? Wie sehen die Chancen für alternativen Strom und kleine Energieversorgungsunternehmen aus?

Ist der wirtschaftliche und politische Anreiz für Energieversorger und -verbraucherInnen groß genug, dass Energiesparkonzepte, die eingesparte Energie in Dienstleistung umzuwandeln, sich durchsetzen können?

Zunächst möchte ich kurz auf die

Situation vor der Gesetzesnovelle 1998 eingehen.

Bisher war es so, dass einzelne Stromkonzerne in einzelnen Regionen das Monopol hatten. Die Städte und Gemeinden waren gezwungen bei ihnen den Strom einzukaufen oder selbst mit der Gründung von Stadtwerken ihren BürgerInnen eine Versorgung mit Strom zu garantieren.

So wurden Konzessionsverträge geschlossen, mit denen das EVU eine Abgabe an die Gemeinde zahlt, um diese im Monopol mit Strom und Gas zu versorgen und aufgrund dessen es öffentliche Strassen und Wege benutzen darf. Laut Gesetz von 1941 sollten Konzessionsabgaben abgeschafft werden. Seitdem sorgten zahlreiche Sonderregelungen dafür, dass der Betrag zwischen 0,42 Pf/kWh in Berlin und 1,586 Pf/kWh in Bremen schwankt.

Erst 1992 wurde nach Klage einer Gemeinde eine neue Konzessionsabgabenverordnung vom Bundesrat verabschiedet. Darin waren Beträge pro kWh, nach Gemeindegröße gestaffelt, festgelegt. Gemeinden kleiner als 25000 Einwohner bekommen 2,6 Pf/kWh, bis 100 000 gibt es 3,12 Pf/kWh, ab 500 000 EinwohnerInnen sind es dann 3,91 und ab 500 000 4,69 Pf/kWh. Also weit höhere Beträge als vor der Verordnung.

Die Auswirkung von Konzessionsabgaben auf Energiesparmaßnahmen

Die Konzessionsabgaben waren mit 2,74% (1988, Tendenz steigend) an den gesamten Einnahmen der Städte über 50 000 EinwohnerInnen kein unerheblicher Posten. Mit der neuen Regelung wurde einer Forderung aus dem Saarland,

die Konzessionsabgaben zweckgebunden, z.B. als Energiesparmaßnahme zu investieren, der rechtliche Boden entzogen. Da die Abgaben in Pf/kWh gemessen wurden, hatte die Gemeinde natürlich ein Interesse, dass

soviel Energie wie möglich verbraucht wurde.

Für die EVU waren die Konzessionsabgaben ein durchlaufender Posten, denn es wurde alles auf die EndverbraucherInnen umgelegt.

Wirtschaftlicher Anreiz aufgrund der Konzessionsabgaben Energie zu sparen bestand also nur von Seiten der StromkundInnen. Hier wurde aber 1992 in der neuen Regelung festgelegt, dass Sondervertragskunden (industrielle GrossabnehmerInnen) überhaupt keine Konzessionsabgabe mehr zahlen brauchen. So geht die Preisschere zwischen Sondervertrags-(4-10Pf/kWh) und Tarifkunden (27-30 Pf/kWh incl. Konzessionsabgabe) weiter auseinander. (der Durchschnittsstrompreis beträgt 11 Pf/kWh)

Die Tarifkunden hätten als einzige aufgrund der Konzessionsabgaben ein Interesse am Energiesparen haben können, doch meistens fehlte die Kenntnis. Ansonsten hatten sie ohnehin keinen Einfluss auf die Vertragsverhandlungen.

Die Gemeinden haben sich also mit Hilfe der EVU und der Konzessionsverträge, auf Kosten der TarifkundInnen mit einer verdeckten Steuer bereichert. Wobei die Gemeinden sich mit den meist 20jährigen Verträgen dem EVU, dem freie Verfügungsgewalt zustand, regelrecht ausgeliefert hatten.

Seit 29.4.98: neues Energiewirtschaftsgesetz

Im Zuge der Privatisierung staatlicher Unternehmen (Post, Deutsche Bahn, Telekom) blieben auch die Energieversorger nicht verschont. So sollte mit dem neuen Gesetz das langjährige Monopol aufgehoben werden und ein freier, liberaler Markt geschaffen werden.

In Deutschland erfolgte die Marktöffnung sofort bis zum Kleinverbraucher und nicht stufenweise, wie in den meisten europäischen Ländern und wie auf Europaebene.

An die 600 Stadtwerke sind immer noch durch langfristige Konzessionsverträge an EVU gebunden. Zwar sind nach dem Bundeskartellamt solche Verträge, die dem Wettbewerbsziel entgegenstehen, unwirksam. Doch

die EVU geben nicht nach,

so dass die Stadtwerke aufwendige Klageprozesse anleiern müssen.

Viele befinden sich in einem vertragslosen Zustand, was auf Schwierigkeiten und Lücken im neuen Gesetz schließen lässt.

Das Gesetz besagt nun, dass jedeR KundIn ihren Stromversorger frei wählen kann. Die bisherigen EVUs wurden zu eigenen Unternehmen gemacht, denen immer noch die Stromnetze gehören. Sie sind verpflichtet, fremden Strom diskriminierungsfrei, das heißt zum wahren Preis durch ihre Netze zu leiten, es gibt aber keine staatliche Richtlinie, die die Preise regelt. Die Bundesregierung setzt auf Selbstverpflichtung der Verbände.

Als Grundlage für die Bestimmung von **Durchleitungsentgelten** für StromanbieterInnen dient eine freiwillige Verbändevereinbarung zwischen dem Bundesverband Deutscher Industrie, dem Verband der Energie- und Kraftwirtschaft und der Vereinigung deutscher Elektrizitätswerke (VDEW).

Der Preis gliedert sich in einen *Leistungspreis*, der in DM/kWh bezahlt wird und sich nach der höchsten Leistung, die an den KundIn durchgeleitet wurde, richtet. Sonnen- und Windstrom, der jahreszeitliche und wetterbedingte Spitzenleistungen bringt, muss unverhältnismäßig viel bezahlen. Außerdem wird eine *Gleichzeitigkeit* von Einspeisung und Entnahme gefordert, was regenerativer Strom aus den oben genannten Gründen kaum leisten kann. Momentan gibt es noch mehr als genug konventionellen Strom, der die Schwankungen im Netz ausgleichen kann.

Als drittes ist die Durchleitungsgebühr von der *Entfernung* abhängig.

Das Schema ist

weder physikalisch, noch ökonomisch begründbar.

Entscheidend wäre eine höhere Belastung der Netze aufgrund größerer Strommengen, so dass Großkraftwerke für die Durchleitung von mehr Strom auch mehr zahlen müssten. Das wird in der Vereinbarung aber nicht berücksichtigt und somit verschwenderische Produktion und Verbrauch geradezu gefördert.

Ein komplizierter Aufbau schreckt Interessenten für eine Durchleitung von vorne herein ab. Dieses Regelwerk wurde dreierweise von der Bundeskartellbehörde genehmigt.

Der Berechnungsmodus benachteiligt eindeutig und absichtlich regenerative Energiequellen.

So ergeben sich durchschnittliche Durchleitungsgebühren für Atomstrom von 6 Pf/kWh, für Windstrom von 13 Pf/kWh und für Solarstrom von 16 Pf/kWh. Diese diskriminierenden Unterschiede haben ökonomisch keinen Grund.

Die verhältnismäßig geringsten Durchleitungsgebühren zahlt ein EVU, das möglichst viel Strom möglichst gleichmäßig durchleitet. Auch das gibt keinen Anreiz möglichst wenig Strom zu produzieren und möglichst viel Leistung zu verkaufen.

Der momentane Zustand, dass die an den Einnahmen interessierten Verbände die Durchleitungsgebühren frei und willkürlich berechnen können, setzt keine fairen Chancen voraus. Im gesamten Ausland, in dem der Strommarkt bereits liberalisiert wurde, ist es selbstverständlich, dass der Netzzugang staatlich geregelt werden muss (Skandinavien, GB, Niederlande, USA). Die Entgelte basieren auf spannungs- und strommengenabhängigen und entfernungsunabhängigen Tarifen. Dies eröffnet kleineren StromanbieterInnen und -abnehmerInnen, sowie Strom aus regenerativen Energiequellen faire Marktchancen und bittet die VielverbraucherInnen auch entsprechend mehr zur Kasse.

Stromsparen aus Sicht der EVU

Je mehr Strom eingespart wird, desto weniger muss erzeugt werden, desto weniger Kraftwerke müssen gebaut werden, desto weniger Emissionen entstehen, aber desto teurer wird die Kilowattstunde. Denn die Fixkosten für die Netzbetriebung und KundInnenverwaltung müssen auf weniger Kilowattstunden umgelegt werden und die Energiesparberatung in Form von Dienstleistung muss bezahlt werden. Letztendlich zahlt der Kunde aber weniger, weil er weniger Energie verbraucht.

Durchleitung

Der Begriff Durchleitung von Strom ist mehr juristisch als physikalisch zu sehen. Er stellt ein Modell dar um die Netzbenutzung greifbar zu machen, denn natürlich wird der Strom der an einer Stelle ins Netz eingespeist wird nicht zu einem Entnahmepunkt durchgeleitet wie Wasser durch einen Schlauch. Mensch kann sich das Stromnetz besser wie einen großen See mit verschiedenen Zu- und Abläufen vorstellen. Wird Strom durch eine Windkraftanlage eingespeist, steigt der Wasserspiegel, und wird ein elektrisches Gerät eingeschaltet, wird Strom aus dem Netz entnommen und der Wasserspiegel sinkt.

Auswirkungen der Liberalisierung auf Stromsparen und Ökostrom

Hier stellt sich nun konkret die Frage, ob sich unter den neuen marktwirtschaftlichen Bedingungen Energiesparmaßnahmen von Seiten der Versorger rentieren. Im liberalisierten Markt besteht eine Hemmschwelle für EVU, Energiesparprogramme mit ihren Kunden durchzuführen, weil diese nach dem Programm, wenn ihr Haus auf Energiesparen umgerüstet ist, zu einem billigeren Stromversorger wechseln könnten.

Andererseits könnte die Marktöffnung das Bewusstsein im Umgang mit Energie erhöhen. Durch den Umstand, sich seinen Stromversorger nun selbst zu wählen, haben auch Konzepte wie Energieberatung eine Möglichkeit, sich zu etablieren. Großkraftwerke, die billig viel Strom produzieren, sind wegen des Genehmigungsaufwandes und der fehlenden Subventionen von staatlicher Seite oft nicht mehr rentabel.

Ein offener Markt bietet auch die Möglichkeit zur Zusammenfassung von Kundinnen zur bedarfsgerechten Energieversorgung mit Strom und Wärme (z.B. BHKW) Bei einem Qualitätswettbewerb um Kundennähe, wo es darum geht ein warmes und helles Haus, statt möglichst billig Strom und Öl im Quantitätswettbewerb zu verkaufen, könnten auch kleine EVU und EnergiesparberaterInnen mithalten.

Die Energieversorger rechnen im Zuge der Liberalisierung mit

einer Strompreissenkung bis zu 10%.

Die Folgen sind vielfältig. Zwar können die EVU sich erst mal keine goldene Nase mehr verdienen wie bisher, aber schlecht ist, dass die Amortisationsdauer von Energiesparmaßnahmen steigen wird.

Kleine Stadtwerke, die in den letzten Jahren in Effizienztechnologien wie Kraft- Wärmekopplung investiert haben, stehen vor dem Bankrott. Die Folgen ziehen weite Kreise. So sind tausende von Arbeitsplätzen in Gefahr, vor allem auch im ÖPNV, der als Verlustgeschäft bisher vom gewinnbringenden Energiesektor mitfinanziert wurde.

Wenn der Markt offen ist, kann auch Strom aus dem Ausland importiert werden. So ist zu erwarten, dass Atomstrom zu Dumpingpreisen aus Frankreich nach Deutschland geschleust wird, vielleicht auch aus der Ukraine von kürzlich durch Siemens wiederaufgemöbelten Katastrophenreaktoren mit finanzieller Unterstützung der Schröderregierung in Millionenhöhe, wofür allerdings die Netze noch kompatibel gemacht werden müssten.

Könnten gesetzliche Rahmenbedingungen energiesparende Maßnahmen fördern?

Bau- und Wirtschaftsministerium haben einen Entwurf zur Erweiterung des Energieeinspargesetzes vorgelegt, was die Wärmeschutzverordnung und die Heizungsanlagenverordnung zusammenfasst. Die komplizierten Regelungen täuschen eine Verbesserung vor, doch tatsächlich ist nicht wirklich eine Vergünstigung von Niedrigenergiebauweise oder ähnlichem auszumachen. So gelten besondere Regelungen für Gebäude mit elektrischer Speicherheizung. Hieran lässt sich klar erkennen,

wie die Stromlobby ihre Finger im Spiel hat.

Eine sinnvolle Maßnahme wäre es, auf staatlicher oder kommunaler Ebene einen Fond einzurichten, der mit einem Aufschlag auf die Strompreise die Entwicklung von Effizienztechnologien fördert.

Eine zeitlich festgelegte Kundenbindung könnte den Versorgungsunternehmen Anreiz für längerfristige Investitionen in Energiesparprogramme geben.

Eine ökologische Steuerreform sollte eigentlich die Energie verteuern und die Kosten der Arbeit entlasten.

Außerdem wäre es sinnvoll, Netzbetreiber einer unabhängigen Aufsichtsbehörde zu unterstellen, um faire Zugangsbedingungen für alle zu gewährleisten. Das zeigen Erfahrungen aus GB und Norwegen. So wird ausgeschlossen, dass bestimmte Energieerzeuger bevorzugt werden.

Von Seiten der EU-Kommission wurde ein Aktionsplan entworfen, um die Energieeffizienz zu steigern. Aber die Bundesregierung setzt weiterhin auf freiwillige Programme der EVU.

Die jetzige Situation

Das neue Energiewirtschaftsgesetz hat es nicht geschafft, faire Voraussetzungen in den bisher monopolisierten Markt zu bringen. Wirtschaftsminister Müller hält eine Regulierungsbehörde, wie sie für die Telekom unter anderem auf Druck einiger EVU eingerichtet wurde nicht für nötig und lässt den Netzbetreibern somit eine willkürliche Narrenfreiheit und freie Verfügungsgewalt über die Netze. Die großen Verbundunternehmen haben am meisten von der Liberalisierung profitiert, weil ihnen die Stromnetze gehören.

Das fallende Preisniveau und die Globalisierung des Strommarktes werden sich negativ auf Sparmassnahmen auswirken.

Die Entscheidung liegt nun mehr oder auch weniger beim Kunden.

Meist fehlt jedoch noch die Information, wenn es um komplizierte Durchleitungsregelungen oder langfristige Preisberechnungen geht. Aber die vermehrte Auseinandersetzung mit dem Thema lässt auf einen bewussteren Umgang mit Energie hoffen und so vielleicht zum Sparen anregen.

Wenn sich das Interesse am Thema jedoch auf den billigsten Strompreis/kWh reduziert, wird es wohl darauf hinauslaufen, dass Deutschland bald abhängig von ausländischem Atomstrom wird, der so billig ist, dass niemand mehr ans Sparen denkt, geschweige denn an eine Investition in Effizienztechnologien. Auch regenerative Energiequellen werden dann vorerst keine Chancen haben.

Essenz

Viele komplizierte Regelwerke und Verordnungen von Stromeinspeisegesetz über Quotenmodelle zur kostendeckenden Einspeisevergütung regenerativen Stroms bis zu Ökosteuer sind im Gespräch, um regenerative Energien zu fördern. Es wird so dargestellt, als müsse der Gesetzgeber Opfer von den BürgerInnen fordern, um umweltfreundliche Energien auf den Weg zu bringen, weil Atom- und Kohlestrom billiger und wirtschaftlicher sind. Ein Aufschrei geht durch Deutschland, wenn ein Aufschlag von 0,1 Pf/kWh den regenerativen Strom fördern soll, aber der 10mal so teure Kohlepfennig wurde fast als Ehrensache behandelt.

Solange diejenigen, die verantwortlich sind für die Schäden, die an Menschen und anderer Mitwelt als Folge der Energieproduktion auftreten, nicht zur Entschädigung, Rechenschaft und Wiedergutmachung aufgefordert werden, können menschen- und umweltfreundliche Energien nicht wirtschaftlicher produzieren, als die immens subventionierten Großtechnologien.

Iris Kunze

Ökostrom

Bei den elektrischen Geräten der neuesten Generation gibt es nur noch einen "Ein-Schalter, Fernseher und Lampen sind rund um die Uhr eingeschaltet und ab einem bestimmten Stromverbrauch pro Jahr gibt es gratis Flugreisen.

Der schöne alte Strommarkt gerät ins Wanken, vorbei ist die Zeit wo der Strom einfach nur aus der Steckdose und die Stromrechnung gleichmäßig höher werdend von dem Energieunternehmen in dessen Versorgungsgebiet mensch zufällig wohnte, kam.

Jetzt überschlagen sich die alten eingestaubten ehemaligen Monopolisten förmlich und erwachen zu ganz neuem Leben, sie überbieten sich geradezu im Erfinden neuer futuristischer Namen für Tarife und Dienstleistungen. Sie versuchen mit allen Tricks der Werbebranche und einem unvorstellbaren Aufwand weiszumachen, dass Ihr Strom bunter, besser und vor allem billiger ist als der Strom der Konkurrenz.

Es werden keine Kosten und Mühen gescheut um z.B. französischen subventionierten Atomstrom in Flensburg zu verkaufen oder um aus alten Kohlekraftwerken das letzte herauszuholen, um Dumping-Preise anbieten zu können. Die Umwelt bleibt hierbei natürlich auf der Strecke.

Es geht auch anders!

Bei Strom aus Photovoltaikanlagen, Windkraftanlagen, Biomassekraftwerken und kleinen Wasserkraftwerken wird die Umwelt nur in sehr geringem Maße belastet. Strom aus solchen Anlagen wird als Ökostrom bezeichnet.

Häufig wird auch der Strom aus Blockheizkraftwerken (BHKW) in dieser Kategorie mit verkauft.

In BHKWs wird der Brennstoff (meistens Erdgas, aber auch Biogas ist möglich) sehr gut ausgenutzt, da neben der Stromerzeugung auch die Abwärme noch zur Gebäudeheizung und in Industrie-

betrieben verwendet wird. Sie haben Wirkungsgrade um die 80% (im Vergleich: Kohlekraftwerk haben Wirkungsgrade um die 35%).

Ist Ökostrom gleich Ökostrom?

Einige Anbieter von Ökostrom bieten Strom nur aus regenerativen Energiequellen an, bei anderen Anbietern ist bis zu 50% (Erdgas) BHKW-Strom dabei.

Bei einigen Anbietern werden die KundInnen nur aus schon bestehenden regenerativen Energieanlagen versorgt, andere haben Alt-Anlagen unter Vertrag, bauen aber mit den Einnahmen aus dem Stromverkauf neue Anlagen auf, manche verkaufen nur Strom aus Neu-Anlagen.

Alt-Anlagen belasten zwar nicht die Umwelt, tragen aber auch nicht zu einer weiteren Entlastung der Umwelt bei. Schon immer ist ein Teil des deutschen Stromverbrauchs durch Wasserkraftanlagen gedeckt worden, und auch Windkraftanlagen liefern schon seit Jahren Strom ins Netz. Wenn ein Anbieter nun diesen Strom aus Alt-Anlagen als Ökostrom verkauft, wird lediglich der Strom der anderen StromkundInnen etwas dreckiger, weil der Anteil an "Ökostrom" bei ihnen geringer und der Anteil an Kohle- und Atomstrom größer geworden ist. Dadurch bleibt der Umwelt kein Gramm Kohlendioxid erspart.

Die Zusammensetzung des Ökostromes spiegelt sich allerdings im Preis wieder.

Wie bekommt man den Ökostrom?

Es gibt verschiedene Liefermodelle auf dem Ökostrom-Markt Jahresmengen- / Spenden-Modell Bei diesem Modell garantiert der Ökostromanbieter, dass die Jahrestrommenge des Kunden durch seine Energieanlagen ins Netz eingespeist wird. Der Kunde wird nach wie vor durch einen konventionellen Stromanbieter versorgt, die gesamte Abrechnung erfolgt aber über den Ökostromanbieter der auf den konventionellen Strompreis einen Aufschlag erhebt, um seine Energieanlagen zu betreiben und auszubauen. Durch

Windrad energiesparbirne

dieses Modell spart der Ökostromanbieter die Durchleitungsgebühren, benötigt aber die Kraftwerke des konventionellen Stromanbieters, anstatt sie unmittelbar zu ersetzen. Das Modell schafft es nur, die konventionell erzeugten Strommengen pro Jahr zu reduzieren, an der Struktur der Energieversorgung ändert sich nichts. Der konventionelle Energieversorger weiß ja auf der einen Seite nicht weiß zu welchem Zeitpunkt der Ökostromanbieter die Energiemenge des Kunden einspeist und ist er auf der anderen Seite zur Versorgung des Kunden nach wie vor per Vertrag verpflichtet.

Windrad

Windrad säge

Zeitgleiche Vollversorgung

Bei diesem Modell werden die Kunden zeitgleich mit Ökostrom beliefert. Zeitgleich bedeutet, dass zu dem Zeitpunkt, zu dem die Kunden den Strom aus dem Netz entnehmen, der Strom durch eine Energieanlage des Ökostromanbieters ins Netz eingespeist wird. Hierbei werden dann auch "Durchleitungsgebühren" fällig und es ist eine entsprechende Überwachung der Zeitgleichheit notwendig.

Dieses Modell schafft es aber vollständig die konventionellen Kraftwerke zu ersetzen.

Die meisten Stromlieferanten werben mit sehr günstigen Preisen für die kWh, kassieren dann aber eine kräftige Grundgebühr pro Monat.

Das schafft keinerlei Anreize Strom zu sparen, da die kWh um so teurer wird, je weniger Strom verbraucht wird. Genau dieser Anreiz ist aber notwendig, um einen ressourcenschonenden Umgang mit der Energie zu erreichen.

Wenn z.B. der Atomstromanbieter Yello einen Preis von 19 Pf / kWh verlangt, so klingt das billig, bei einer Grundgebühr von 19 DM/Monat sieht das im Endergebnis aber ganz anders aus:

Bei einem Energieverbrauch von 4.000 kWh pro Jahr bedeutet dies einen Preis von 24,7 Pf pro kWh, bei einem Verbrauch von 1.500 kWh pro Jahr kostet die kWh 34,2 Pf.

Wer denkt denn dabei noch an Energiesparen?

Öko-Label

Von verschiedenen Umweltverbänden und TÜV-Stellen sind Öko-Label für Strom in Vorbereitung oder bereits fertig. Leider gibt es keine einheitlichen Ansätze für diese Öko-Label, so akzeptieren einige keinen (Erdgas-) BHKW Strom, andere keine Alt-Anlagen und wieder andere vergeben ihr Label sogar an Ökostromanbieter, die nur uralte Wasserkraftwerke in Betrieb haben. Es scheint so, als wenn das Label "Grüner Strom" von Eurosolar sich als Standard durchsetzen wird, wichtig ist in jedem Falle, dass die Anbieter, die ein Label erhalten wollen, regelmäßig kontrolliert werden, ob sie ihre versprochenen Eigenschaften auch tatsächlich einhalten.

Preise

Die nachfolgende Liste zeigt eine Übersicht über die Leistungen und Preise der bundesweit anbietenden Ökostrom-Firmen. Die Liste stammt von der Internet - Seite [www.dschungel.tv.de](http://www.dschungel.tv/de) (Rubrik: Frühere Themen, Sendetermin 02.11.99) und wird regelmäßig aktualisiert. Als Grundlage dient ein Verbrauch von 4.000 kWh pro Jahr. Zum Vergleich: kurz vor der Liberalisierung des Strommarktes lag der durchschnittliche Preis für 4.000 kWh pro Jahr bei ca. 1.500 DM.

Schwerpunkt: Energie

Anbieter / Tarif	Art der Erzeugung	Umweltnutzen / Öko-Label	Preis (bei 4.000 kWh pro Jahr)	Urteil	Kontakt / Homepage
Naturstrom AG	Ökostrom	Nur Neuanlagen (Label 'Grüner Strom')	Preis des örtlichen Versorgers plus 9,28 Pf / kWh (circa DM 1571.-)	Empfehlenswert	02 11 - 7 79 00-0 www.naturstrom.de
EWS Watt Ihr Volt	Ökostrom / BHKW	Nur Neuanlagen	Preis des örtlichen Versorgers plus 9,28 Pf / kWh (circa DM 1571.-)	Empfehlenswert	07673- 931578 www.oneworldweb.de/ schoenau
EWS Watt Ihr Spart	Ökostrom / BHKW	Altanlagen / 1 Pf / kWh in Neuanlagen	DM 67.- / Jahr 29,59 Pf / kWh (DM 1250.-)	Empfehlung für kleine Geldbeutel	07673- 931578 www.oneworldweb.de/ schoenau
Ökostrom AG Tarif GREEN	Ökostrom / BHKW	Nur Neuanlagen (Label 'Grüner Strom')	DM 69,90 / Jahr 41,76 Pf / kWh (DM 1740.-)	Empfehlenswert aber teuer wegen 'echter' Durchleitung	0800- 28 40 63 0 www.oekoag.de
Ökostrom AG Tarif EFFECTIV	Ökostrom / BHKW	Altanlagen 2 Pf / kWh in Neuanlagen (Label 'Grüner Strom')	DM 118,32 / Jahr 29,09 Pf / kWh (DM 1282.-)	Empfehlung für kleine Geldbeutel	0800- 28 40 63 0 www.oekoag.de
Unit(e)	Ökostrom	Altanlagen Neuanlagen geplant	216.- / Jahr 29,9 Pf / kWh (DM 1412.-)	bedingt empfehlenswert siehe 1)	0 1801 / 222 999 www.unit-energy.com
HEW / SHELL Newpower	Ökostrom	50% Neuanlagen 50% Altanlagen (Label Ökoinstitut angestrebt)	örtlicher monatlicher Grundpreis + 34,55 Pf / kWh (circa DM 1502.-)	bedingt empfehlenswert siehe 2)	0180/ 122 25 36 www.hew.de/ projekteumwelt/ index-newpower.htm
Lichtmann AG	Ökostrom / BHKW	keine Angaben	DM 144.- / Jahr 27 Pf / kWh (DM 1224.-)	Dubios siehe 3)	069-6959790 www.lichtmann.de
Lichtblick	Ökostrom / BHKW	Altanlagen (Label TÜV Rheinland)	DM 119.- / Jahr 27,87 Pf / kWh (DM 1185.-)	kein Umweltnutzen	0180-2 / 660 660 www.bayernwerk.de
Bayernwerk AQUAPOWER	Wasser- kraft	nur Altanlagen (Label: TÜV Bayern)	Festpreis DM 82,90 monatlich bis zu 4000 kWh danach 25 Pf / kWh (DM 995.-)	kein Umweltnutzen	0800-2030403

1) Unit(e) betreibt eine Reihe von Wind- und Wasserkraftanlagen in verschiedenen Ländern Europas, hat aber noch keine eigene Erzeugungsanlagen in Deutschland, kann bei uns also keinen Strom aus Neuanlagen ins Netz einspeisen und verspricht das auch nicht. Allerdings ist eine Biomasse-Anlage in Niedersachsen in Bau und ein großer Windpark an der Ostsee konkret in Planung. Insofern ist die Firma scheinbar durchaus dabei, eigene Kapazitäten für Ihre deutschen Kunden aufzubauen und insofern demnächst ggf. auch als empfehlenswert einzustufen

2) Der Tarif von HEW / SHELL ist mit seiner Mischung von 50% Neuanlagen und 50% Strom aus alten (skandinavischen) Wasserkraftwerken auch nicht uninteressant - die HEW hat in Hamburger Öko-Kreisen aber einen sehr schlechten Ruf und betreibt ein altes Atomkraftwerk. Shell wiederum ist durchaus dabei sich, ein Öko-Image aufzubauen und errichtet zum Beispiel gerade eine große Produktionsanlage für Solarzellen. Dschungel geht nicht davon aus, dass beide versuchen Ihren Kunden Mogelpackungen anzudrehen. Ob Sie nun gerade den beiden Großkonzernen Ihr Öko-Geld anvertrauen, sollten Sie selbst entscheiden. Aber auch wegen des bei 50 % Strom aus Altanlagen noch vergleichsweise hohen Preises reicht es nur für ein 'bedingt empfehlenswert'.

3) Die Firma Lichtmann wollte keinerlei Auskunft über Ihren Stromeinkauf geben und verwies auf die Geschäftsbedingungen, die jedoch Strom aus Neuanlagen nicht garantieren. Als Grund der Verschwiegenheit wurden laufende Vertragsverhandlungen genannt, deren Bekanntgabe irgendwann wie eine Bombe platzen wird aber derzeit der Konkurrenz noch nicht offenbart werden soll. Selbst als wir uns schriftlich verpflichteten, jede Information streng vertraulich zu behandeln, hielt Lichtmann die Geheimniskrämerei aufrecht. Der angegebene Preis scheint mit Strom aus Neuanlagen auch nicht realisierbar. Daher das Urteil: Dubios.

Welcher Anbieter ist der Richtige?

Bei der Auswahl des geeigneten Ökostromanbieters sollte sich jedeR überlegen, wie viel ihm/ihr der Wechsel "wert" ist. Am sinnvollsten ist es sicherlich einen Anbieter zu finden, der eine zeit-

gleiche Versorgung mit Durchleitung anbietet. Dies ist aufgrund der hohen Durchleitungsentgelte etwas teurer, wird aber im nächsten Jahr sehr wahrscheinlich erheblich günstiger. Wichtig ist der Wechsel an sich! Er/Sie setzt zumindest ein sichtbares Zeichen

gegen die konventionelle Energieversorgungsstruktur und für den Atomausstieg.

Uwe Lützen

Sustainable Energy Scenario for Europe

Die europäische Kommission hat 19 WissenschaftlerInnen der Forschungsinstitute CIRED (Paris), Faculte Politechnique de Mons (Belgien), Roskilde University (Dänemark), Wuppertal Institut, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (Mannheim) damit beauftragt ein Szenario für Europa zu erstellen, wie und in welchem Zeitraum die Energiewende auf regenerative Energien zu erreichen ist.

Rahmenbedingungen waren keine Energieimporte aus außereuropäischen Ländern, Lebensstandard europaweit, wie in Nordeuropa. Nur derzeit käuflich erwerbbar Technik wird berücksichtigt.

Bei Windenergie werden nur 30% aller Standorte mit über 5m/s Windgeschwindigkeit nach dem europäischen Windatlas berücksichtigt, Kostenreduktion 20 %. Dazu Off-Shore-Anlagen mit 3050 TWh/a; Kosten 30% höher als On-Shore- Anlagen.

Keine Flächenversiegelung durch Photovoltaik: Alle ungefähr südwärts ausgerichteten Dächer und Fassaden seien mit PV- Zellen belegt (Systemwirkungsgrad 18% bzw. 11%) Kosten etwa 20% über den Off-Shore-Windanlagen.

Zwei unterschiedliche Szenarien: Das Fair- Market Szenario: Externe Kosten in Höhe von 12 bis 22 Pf/kWh werden den konventionellen Energien über eine Energiesteuer auferlegt. Das Sustainable Scenario geht von Normen und Regulierungen aus, durch die die

Energieeffizienz und der Einsatz erneuerbarer Energien gesteigert werden können.

Ergebnisse:

Bis zum Jahr 2050 kann 95% der gesamten benötigten Energie in Europa aus erneuerbaren Energiequellen stammen. Der Kilowattstundenpreis würde sich gegenüber heute etwa verdoppeln, doch die Zahl der benötigten Kilowattstunden würde sich halbieren. Siehe Graphik.

Titel der Studie: Long-Term integration of renewable energies into the European energy system. ISDN 3-7908-1104-1

Aufruf zur Umstellung der Hochschulen und Studierwerke auf Ökostrom

In den Zeiten ewig-knapper Kassen müssen wir aufpassen, dass die Hochschulen nicht auf die Idee kommen auf Billigangebote des liberalisierten Strommarktes hereinzufallen und auf die Strombelieferung durch einen Atomkonzern umsteigen, sofern sie nicht eh schon einen Dumping-Preis als Großkunde bezahlen.

Das eigentliche Ziel muss die Umstellung aller Hochschulen auf Ökostrom sein. Die Hochschulen müssen damit Ihrer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung für die Zukunft gerecht werden. Jahrelang wurde ein Großteil der Atomforschung von den Hochschulen als Handlanger der monopolistischen Großkonzerne wie Siemens und der Energieversorgungsunternehmen durchgeführt (z.B. Garching). Durch diesen Ausverkauf des Verantwortungsbewusstseins an den Hochschulen wurde eine Energielandschaft ermöglicht, dessen Folgen und

Altlasten nicht nur in der Gegenwart, sondern bis weit in die Zeit der fünfstelligen Jahreszahlen getragen werden müssen.

Vor diesem Hintergrund haben die Hochschulen nun geradezu die Pflicht die Fehleinschätzungen und das verantwortungslose Handeln der Vergangenheit durch eine zukunftsbewusste Mitgestaltung der Energieversorgung, ihrer Rolle in der Gesellschaft gerecht zu werden.

An vielen Hochschulen gibt es Arbeitsgruppen und Forschungsbereiche für regenerative Energien. Von diesen Gruppen wie auch von den Ökoreferaten und Umweltgruppen kann die notwendige Umgestaltung der Energielandschaft vorangetrieben werden. Da die Umstellung der gesamten Energieversorgung auf einen Schlag sehr unwahrscheinlich ist, sollte die Möglichkeit, die verschiedene Ökostromanbieter, wie z.B. die Ökostrom AG anbieten,

genutzt werden, als Keimzelle für die Gesamtumstellung zunächst einen bestimmten Anteil des jährlichen Energiebedarfs auf Ökostrom umzustellen. Z.B. könnte ein Labor, der AStA, ein Fachbereich oder die Gesamte Hochschule beschließen, eine festgelegte Anzahl an Kilowattstunden Ökostrom zu kaufen (z.B. 25.000 kWh/a).

Neben den Hochschulen sind die Studierendenwerke eine weiterer Strom-Großabnehmer. Bei den Studierendenwerken ist eine Umstellung auf Ökostrom in Teilschritten einfacher. Es gibt die Möglichkeit bei einzelnen Wohnheimen oder Mensen anzufangen. Viel Erfolg

Uwe Lützen

Das StudentInnenwerk Hannover Atomstromfrei?

Der Vorstand des StudentInnenwerk Hannover hat in seiner letzten Sitzung einstimmig dem Studiantrag zugestimmt, dass an den möglichen Stellen auf Atomstrom verzichtet werden soll. Leider ist es nicht möglich komplett zu bestimmen, welcher Strom verbraucht werden soll, da Cafeterien und teilweise auch Mensen, den Strom direkt aus dem Uni-Stromnetz beziehen.

Da die Stadtwerke Hannover ihren Strom hauptsächlich mit Kraft-Wärme-Kopplung produzieren, das heißt, die Wärme, die bei der Bereitstellung des Stromes entsteht, wird nicht in irgendeinen Fluss geleitet, sondern wird zum Heizen verwendet, produzieren, wird es auch nicht zu einem größeren Anstieg des CO₂-Ausstoßes kommen. Was oft verschwiegen wird, ist das auch Atomstromproduktion das Treibhausgas freisetzt. Der lange Produktionsprozess der Brennelemente, ist so aufwendig, dass fast so viel CO₂/kWh freigesetzt wird wie in einem modernen Gaskraftwerk.

Da das StudentInnenwerk ohne die Uni nicht vollständig auf Atomstrom verzichten kann, werden wir versuchen, auch die Uni zu einem Verzicht auf Atomstrom zu bewegen, was aber bedeutend schwieriger wird.

Studierwerke sind übrigens auch bei Euch ideale Punkte für den Stromanstieg, denn sie verbrauchen eine wesentliche Menge an Strom, aber trotzdem ist der Mehrpreis für den "besseren" Strom im Vergleich zu den Gesamtausgaben so gering, dass sie zu vernachlässigen sind.

Demnächst wollen wir einen Antrag stellen, dass sich das Studierwerk in Zukunft auf regenerative Energiequellen stützen soll.

Arne Brück

Bekennende Sparschweine

An einem Wohnheim des Studierendenwerkes Münster gibt es seit Spätsommer '99 ein Energiesparprojekt nach dem 50/50-Modell. Was das heißt, wie das ganze angezettelt wurde und wieso das ganze von einem der Initiatoren als "so ein wichtiges Ding" im Bereich Energie gesehen wird erfahrt ihr in der nächsten viertel Stunde.

Als Mieter in einem Studierendenwohnheim (wie im übrigen oft auch privat) zahlt man meist Warmmiete, also eine bestimmte Pauschale für Strom, Heizung und Wasserverbrauch – unabhängig vom persönlichen Verbrauch. Der Anreiz zu ökologisch sinnvollem Verhalten wird allerdings über den Geldbeutel zumindest mitbestimmt. Und wenn man nicht mal sieht, wie viel Energie man verbraucht hat und auch sonst keine wirkliche Auseinandersetzung mit persönlichem Energieverbrauch stattfindet, so fehlt auch eine Sensibilisierung zum Thema Energiesparen. Hier setzt ein 50/50-Projekt an.

Die Idee:

Damit die Energieverbraucher einen persönlichen Vorteil davon haben, Energie zu sparen, werden sie für einen geringeren Energieverbrauch belohnt, indem sie einen bestimmten Teil des dadurch gesparten Geldes bekommen (im Fall 50/50 logischerweise die Hälfte, andere Aufteilungsmöglichkeiten sind durchaus vorstellbar). Dieses Geld, wird der Gemeinschaft zur Verfügung gestellt (eine individuelle Auszahlung ist erstens nicht sinnvoll, da 50/50 auf gemeinschaftlichem Handeln basiert, bei individueller Abrechnung erscheint Kaltmiete sinnvoller, zweitens meist nicht möglich, da im Falle von Wohnheimen meist nur sehr wenig Zähler vorhanden sind). Die Bewohner können es dann gemeinsam investieren (z.B. eine Party organisieren, v.a. auch Anschaffungen für das Haus wie Spielanlagen, Gemeinschafts-

raum...) oder untereinander aufteilen (was psychologisch weniger sinnvoll ist, da man so schnell einen vier- oder gar fünfstelligen Betrag in viele zweistellige umwandelt). Vielleicht sind sie auch auf den Geschmack gekommen und kaufen sich davon Spar-duschköpfe, Energiesparlampen oder ähnliches.

Die Idee dieser Modelle wurde in den letzten Jahren vermehrt angewendet, es zeigte sich, dass Einsparungen von 10% durchaus realistisch sind und dass die Möglichkeiten diese 10% noch weit übertreffen.

In Universitäten

begegnet man diesen Projekten allerdings noch sehr selten. Bei informierten Kreisen kursieren Gerüchte, dass es an einem Institut in Hamburg so ein Projekt geben soll, in Flächenbundesländern ist mir an Universitäten kein solches Projekt bekannt. Dies liegt wohl vielerorts daran, dass die Unis Angst vor dem Energiesparen haben: momentan zahlt sowieso das Land den Energieverbrauch. Dies soll aber eventuell und irgendwann dahingehend geändert werden, dass die Unis vom Staat einen bestimmten Betrag zur Verfügung gestellt bekommen und davon dann ihren Energieverbrauch bezahlen können. Deshalb wollen viele Unis jetzt erst mal sauen und danach mehr Geld bekommen.

Etwas bessere Chancen dürfte man da doch bei Studiwohnheimen haben. In Bonn wurde im WS 96/97 ein

50/50-Projekt

an einem kleineren Wohnheim gestartet, im ersten Jahr konnte hier der Stromverbrauch um 11% gesenkt werden. Und in Münster läuft das Projekt seit diesem Wintersemester an einer Wohnanlage mit 200 Studierenden. Allerdings benötigte das ganze auch erheblichen Vorlauf.

Im Sommer 1998 kam es zu ersten Gesprächen des AStA mit dem Studierendenwerk Münster. Sowohl Geschäftsführung als auch zuständige Abteilungsleiter waren von vornherein begeistert von der Idee, was ja auch verständlich ist, da das Studentenwerk ebenfalls einen gewissen Verdienst daran hat und natürlich sein Image bezüglich Umweltarbeit pflegen kann. Trotz dieser positiven Einstellung dauerte es fast ein Jahr, bis es zu einer vertraglichen Festlegung der ganzen Idee kam. Dies hatte hauptsächlich zwei Gründe:

- ◆ Die Bewohner der Anlage mussten involviert werden. Ein Energiesparprojekt, bei dem es auf das Verbraucherverhalten ankommt, muss auch von den Verbrauchern gewünscht sein.
- ◆ Die Arbeit mit einer Verwaltung (also dem Studierendenwerk) stellte sich oft als nicht einfach dar und bremste vielfach das Vorankommen.

Es war also eine gute Ausdauer für die Einleitung des Projekts in Münster nötig, allerdings keine lange Überzeugungsarbeit oder viel Konfrontation.

Ganz wichtig ist natürlich eine gute begleitende Betreuung des Projekts, denn

von selbst spart sich kein Strom,

vor allem zu Beginn des Projekts muss dieses den Bewohnern möglichst oft vor Augen gehalten werden, die einmalige Information ist -verständlicherweise- schnell vergessen. Diese begleitende Betreuung kam in Münster bisher etwas zu kurz, es dürfte nicht leicht sein diesen Fehler wieder auszubügeln. Lohnt es sich, diese Ausdauer aufzubringen? Ein definitives Ja! Denn der Ansatz solch eines ökologischen Projekts ist nicht nur wegen der Summe eingesparter Ressourcen interessant. Zum einen ist es äußerst wichtig Ideen, die eine Alternative zum Wachstumswahn darstellen, zu verfolgen. Und

50/50 stellt meines Erachtens so eine kleine Alternative dar, da die Energienutzer freiwillig ihr Verhalten zugunsten eines niedrigeren Energieverbrauchs ändern (und dabei bemerken, dass man einiges Einsparen kann ohne zu frieren oder zu stinken).

Das Hauptargument für so ein Projekt liegt allerdings in der Sensibilisierung der Bewohner und dem auf Freiwilligkeit basierenden Ansatz. Das Projekt kann den Bewohnern schwerlich aufgedrückt werden, denn sie müssen schließlich sparen. Stattdessen werden sie (hoffentlich) einsehen, dass die ganze Idee für Sie ja nur von Vorteil sein kann. Und durch die Besprechungen, eventuelle

Hausversammlungen und Aushänge

wird ein steigender Anteil sich mit dem Thema Energie auseinandersetzen (was automatisch zu einem „besseren“ Verbraucherverhalten führt, denn viel Energie wird einfach unbewusst und unnötig verbraucht), sensibilisiert und auch politisiert. Und so ist es durchaus vorstellbar, dass aus der Bewohnergemeinschaft eigene Impulse, neue Ideen für weitere Ökoprojekte gibt...

Wer genauere Informationen über ein solches Energiesparprojekt haben möchte, bzw. wer noch etwas über ein Energiesparprojekt im universitären Bereich weiß, meldet Euch bei mir! Vielerorts gibt es auch Gruppen, die einem bei der praktischen Arbeit helfen können (z.B. Energiewendegruppen).

Anschrift des Verfassers:
Ingmar Harry
Rudi-Harbig Weg 43/01
48149 Münster
0251/845231
e-mail: harry@uni-muenster.de

Die deutsche Wette: Schulen schlagen Schröder

1999: Schulen gewinnen die von der BUNDjugend initiierte

Energiesparwette gegen die Bundesregierung

„Wetten, dass wir an unseren Schulen das Klimaschutzziel der Bundesregierung in 7 Monaten statt in 7 Jahren erreichen?“ Das war „Die Wette“. Nie zuvor hatte ein Regierung eine Wette abgeschlossen - jetzt wurde sie gleich bei der Premiere geschlagen. Die Herausforderer der Jugend im Bund für Umwelt und Naturschutz (BUNDjugend) sind gemeinsam mit 135.000 beteiligten Schülerinnen und Schülern als strahlende Sieger daraus hervorgegangen. 192 Schulen aus ganz Deutschland sparten dafür in den 7 Monaten von November 1998 bis ende Mai 1999

10% ihres CO₂-Ausstoßes

ein. In dieser Zeit gaben die Jugendlichen ihr Bestes: Energiesparlampen wurden eingeschraubt, Heizungen runtergedreht, der Wasserverbrauch und die Müllproduktion gesenkt. Teilweise stiegen Schüler noch stärker auf den öffentlichen Nahverkehr um und in einigen Schulen wurden sogar Solaranlagen installiert.

Das Umweltbundesamt überprüfte die nach dem Zufallsprinzip ausgewählten Ergebnisse von 20 Schulen und rechnete sie auf die 192 teilnehmenden Schulen hoch. „Die Jugendlichen haben ihr ehr-

geiziges Ziel erreicht,“ erklärte der Schiedsrichter der Wette und Präsident des Umweltbundesamtes Prof. Dr. Andreas Troge. Das Ergebnis zeige, dass jeder einzelne in seinem Alltag einen wertvollen Beitrag zum Klimaschutz leisten könne. Er hoffe, so Troge weiter, dass das Engagement der Schüler möglichst viele Nachahmer finde.

Staatssekretärin Gila Altmann, die im November die Wette für die Bundesregierung offiziell eingegangen ist, meint: „Dies ist eine Wette, die man gerne verliert. Besonders erfreulich war es zu sehen, mit wie viel Kreativität vor allem die jüngeren Schüler ihre Mitschüler, Lehrende und das gesamte Schulumfeld zum Klimaschutz anhalten.“

Die Bundesregierung musste den Gewinnern ein großes Klimafest spendieren, das am 17.9. in Bonn stattfand.

Für die BUNDjugend ist der Erfolg der Wette ein deutliches Zeichen, dass mit mehr Einsatz mehr Klimaschutz möglich ist.“ Die Ökosteuer wurde von der Umweltbewegung nicht erfunden, um die Autofahrer zu ärgern“, so Michael Schäfer von der

BUNDjugend,

„sondern sie ist eines der besten Mittel, um Anreize zum Energiesparen zu schaffen.“ Deshalb fordert die BUNDjugend eine kontinuierliche und spürbare Erhöhung der Ökosteuern.

Die Jugendlichen wollen die Regierung aber nicht nur zu neuen Taten treiben, sondern auch dort aktiv werden, wo die Weichen falsch gestellt sind. „Jugendliche wollen keinen Atomstrom, ob gelb oder blau“, so Schäfer.

Wettpaten waren „Die Ärzte“

aus Berlin. Sie haben die Wette von Anfang an begleitet und freuen sich jetzt mit den Schülerinnen und Schülern: „Das Beste an dem Wettgewinn ist, dass den ewigen Theoretikern, langatmigen Konferenzrednern und Bremsblöcken in Sachen Klimaschutz endlich mal von Euch gezeigt wurde, wie man Klimaschutz macht, so Farin Urlaub von "den Ärzten“.

„die Wette“ goes Europe: THE BET

Nach dem Erfolg der deutschen Wette möchte die europäische Jugendumweltbewegung mit der Idee Klimawette in eine neue Runde gehen: Wettgegner soll der europäische Rat sein – wetten wollen möglichst viele Schulen und Universitäten in ganz Europa. Wettziel ist dabei die Verpflichtung der Regierungen der EU,

in 8 Jahren 8 % CO₂

einzusparen. Dabei wollen die Studierenden und Schüler das Ziel natürlich in 8 Monaten erreichen, nicht in 8 Jahren. Beginn der Wettzeit ist der Oktober 2000 – es bleibt also noch ein knappes Jahr, um alles für den Anpfiff vorzubereiten!

Für die beteiligten Organisationen ist „the bet“ – so heißt die Kampagne auf europäischer Ebene – eine gewaltige Herausforderung. In jedem Land sind die politischen Rahmenbedingungen und die Voraussetzungen der Umweltgruppen verschieden: Während es in Deutschland und vielen skandinavischen Ländern eine Infrastruktur der Umweltbewegungen gibt – mit eigenen Jugendgruppen – muss in den südlichen Ländern eine Umweltaarbeit mit Jugendlichen erst aufgebaut werden. the bet ist also nicht nur eine einzigartige Kampagne, sondern auch ein Mittel, um die Umweltaarbeit in Europa einige Schritte nach vorn zu bringen. Getragen wird das Projekt von ehrenamtlichen MitarbeiterInnen, größtenteils Studierende aller möglicher Fachrichtungen.

Schon jetzt zeigt sich aber das einzigartige Potenzial, das in dieser Idee steckt –

schon 12 Länder

beteiligen sich an the bet, weitere 10-15 werden wohl noch dazukommen. Damit erreicht the bet eine Vernetzung von Jugendumweltgruppen, die es so noch nie gegeben hat.

Die Begeisterung für ein solches internationales Projekt wurde

unter anderem bei den beiden bisherigen Treffen der Aktivisten in Köln und in Luxemburg sichtbar.

Mitarbeitern kann jede und jeder, an der eignen Universität, auf der nationalen oder auf der europäischen Ebene.

Die europäische Koordinationsgruppe arbeitet in Gruppen, die sich um die verschiedenen Aspekte von the bet kümmern. Politik im zusammenwachsenden Europa heißt: Politiker auf europäischer und nationaler Ebene müssen angesprochen werden, die Medienlandschaft will erst mal erkundet und dann geschickt genutzt sein, ein europäisches

Fund-Raising Konzept

ist zu entwickeln und die Teams der nationalen Organisationen mit ihren ganz verschiedenen Hintergründen wollen zu einer großartigen Kampagne integriert werden. Die wissenschaftlichen Hintergründe sind zu beleuchten, mit bestehenden Umwelt-Netzwerken auf europäischer Ebene muss kooperiert werden.

Auf dem Weg zum Erfolg haben wir mittlerweile ein gutes Stück geschafft, es bleibt aber auch noch unglaublich viel zu tun.

Damit all dies gelingt nimmt die interne Qualifikation einen wesentlichen Stellenwert ein. Am 18.-20. Februar 2000 trifft sich die Gruppe Lobbyarbeit um sich mit den politischen und wissenschaftlichen Hintergründen der Kampagne auseinanderzusetzen. Fragen sind zum Beispiel: Wie ist die europäische Klimapolitik einzu-

ordnen? Wie bewerten wir die flexiblen Mechanismen zur Umsetzung des Kyoto-Protokolls, die von einigen Ländern gefordert werden? Wie rechnen wir die eingesparte Energie in den einzelnen Ländern auf CO₂-Kilogramm um? Zusätzlich werden wir eine Strategie entwickeln, wie wir auf offiziellen und inoffiziellen Kanälen Einfluss nehmen können in Brüssel und in den Hauptstädten. Nebenbei wird der generelle Verlauf der Kampagne besprochen und die weiteren Schritte geplant. Wer Interesse hat, sich aktiv an der Koordination von the bet zu beteiligen, der kann an diesem Seminar teilnehmen – sie oder ihn erwarten spannende Diskussionen und das Ende eines sinnentleerten Uni-Alltags. Im Vordergrund steht neben der inhaltlichen Arbeit auch die Weiterentwicklung unserer Fähigkeiten – Projektmanagement, Teamarbeit, inhaltliche Qualifikation etc.

Flugblätter, Poster und weitere Informationen bekommt Ihr bei unserem Büro in Berlin. Wenn Ihr the bet spannend findet aber noch nicht sofort bei diesem Seminar einsteigen möchtet oder könnt, dann meldet Euch doch einfach, damit wir in Kontakt bleiben können.

Im Büro könnt Ihr Euch auch für das Seminar anmelden (der Tagungsbeitrag wird ca. 35 Mark sein – Details auf Nachfrage):

THE BET – BUNDjugend
Rothenburgstr. 16
D-12165 Berlin
Tel. 030 797 066 10
Fax. 030 797 066 20
Thebet.office@gmx.net
<http://www.thebet.de>
<http://thebet.org>

Ausstieg oder nicht Ausstieg – das ist keine Frage!

Während Grüne und die SPD immer weiter vom Wahltag und den Versprechungen zum Ausstieg aus der Atomenergie wegrücken, verstärkt die Atomlobby ihre Öffentlichkeitsarbeit. Eine der letzten Aktionen war das "Memorandum deutscher Wissenschaftler zum geplanten Atomausstieg". Abgesehen davon, dass der Titel schon vor Nationalismus sprüht – weshalb legen die Initiatoren einen so gesteigerten Wert darauf, das nur Deutsche an diesem Memorandum mitgewirkt haben? – ist der Rest dazu noch einseitig bis blödsinnig. Hier eine kleine "Best of"; ich beziehe mich auf den Abdruck in "Extra Stromthemen; November 99 – Nr. 65"¹:

Absatz 2:

"...So lange als Alternativen für die Kernkraftwerke nur Gas- und Kohlekraftwerke zur Verfügung stehen, verschärft der Ausstieg aus der Kernenergie also ein ohnehin bisher ungelöstes Problem, bei dem Deutschland seiner globalen Verantwortung gerecht werden muss."

Moderne Gaskraftwerke erzeugen pro Kilowattstunde nur wenig mehr CO₂ als deutsche Atomkraftwerke, der große Unterschied liegt darin, dass der Ausstoß der Gaskraftwerkes direkt am Standort zu erkennen ist, der Ausstoß für die Produktion der Brennstäbe verteilt sich über Australien, Frankreich, Deutschland und wahrscheinlich noch ein paar Länder. Es stimmt zwar, dass damit der Ausstoß von CO₂ in Deutschland geringer ist, aber unter "globaler Verantwortung" versteht mensch doch etwas anderes.

Bezeichnend ist auch, dass in den 10 wichtigsten Punkten nicht auf die Entsorgungsweise eingegangen wird, denn es bleibt dabei: Es gibt keine sichere Endlagerung für hochradiaktiven Müll – nicht in Deutschland oder anderswo auf

¹ Zu bestellen bei: Informationszentrale der Elektrizitätswirtschaft e.V.; Postfach 700561; 60555 Frankfurt (Main)

dieser Welt: "globale Verantwortung (der Atomlobby)".

Absatz 3:

"In vielen Teilen der Welt wird die Kernenergie weiter ausgebaut. Deutsche Unternehmen verlieren ihre Exportchancen, denn ein Ausstieg in Deutschland entzieht der technologischen Spitzenstellung der deutschen Industrie die Grundlage..."

Und noch ein Grund für den Ausstieg, Deutschland exportiert ganz offensichtlich Anlagen für die "zivile" Nutzung von Atomenergie. Davon abgesehen, dass diese schon so gefährlich ist, dass sie gestoppt werden muss, fördert der deutsche Staat damit die Welt-Plutonium-Produktion. Damit kann, mit nicht all zu großem technischem Aufwand, eine Atombombe gebaut werden. Durch den Weiterbetrieb der deutschen Atomkraftwerke wird die atomare Bedrohung zivil wie militärisch stetig wachsen.

Absatz 5:

"Im inzwischen bestehenden europäischen Binnenmarkt, der durch die Osterweiterung Europas noch wachsen wird, kann nicht verhindert werden, dass wegfallende Kernkraftwerksleistungen im Inland durch Stromimporte aus bestehenden oder neu errichteten europäischen Kernkraftwerke ersetzt wird, ..."

Zu aller erst, der Europäische Binnenmarkt ist kein Naturgesetz, er kann von den Mitgliedsländern modifiziert werden.

Wenn Kernkraftwerke ausgeschaltet werden können und die benötigte Leistung von anderen bestehenden Reaktoren übernommen werden kann, sollten wir das

sofort tun, denn jeder Reaktor der abgeschaltet ist, vermindert das Risiko eines GAUs.

Wenn mensch Angst davor hat, dass neue Kraftwerke in Europa gebaut werden, weil die in Deutschland stehenden abgeschaltet werden, sollte betrachtet werden, wer die Kraftwerke baut. Die Unternehmen die in Europa AKWs bauen sind hauptsächlich KWU/Siemens und die französische Framatom. Diese bemühen sich gerade zu Fusionieren. Da Siemens sehr eng mit dem deutschen Staatswesen verquickt ist, könnte ohne größere Probleme ein erheblicher Druck auf Siemens ausgeübt werden, keine neuen Kraftwerke in Osteuropa zu bauen. Dieses ist aber leider von der Regierung der BRD nicht gewünscht. Des weiteren wäre nach Absatz 3 (s.o.) der Ausstieg die sicherste Methode gegen einen Ausbau der Kernenergie in Europa, denn nach Argumentation der Atomlobby würde Deutschland und damit Siemens dadurch die Möglichkeit verlieren, diese Technologie zu exportieren.

Absatz 7:

"...Ein Ausstieg aus der Atomenergie ermöglicht aber erst dann neue Chancen für regenerative Energien, wenn sie die Wirtschaftlichkeitsschwelle erreicht haben ..."

Die Atomenergieforschung wurde mit Milliarden vom Staat bezuschusst, dieses hat es für die Forschung an regenerativen Energien in solchem Maße nie gegeben. Wenn staatlich die Forschung nicht stattfindet, kann dieses nur von der Wirtschaft übernommen werden. Diese wird dies allerdings nur tun, wenn sie damit rechnen, ihre Produkte auch absetzen zu können. Deshalb muss die Forderung eher lauten: Keine Förderung für Atomenergie, Unterstützung von regenerativer Stromgewinnung, damit diese Technik bald in großer Stückzahl produziert werden kann, damit der „saubere“ Strom noch günstiger wird.

Absatz 9:

„..., die anschließende Stilllegung und die sichere und zuverlässige Entsorgung der angefallenen radioaktiven Abfälle können nur verantwortungsbewusst bewältigt werden, wenn dafür auch ausreichendes ausgebildetes Fachpersonal zur Verfügung steht. Nukleare Wissenschaft und Forschung müssen schon aus diesem Grund weiter gefördert werden [...] Ein Anreiz für qualifizierte junge Leute besteht aber nur, wenn die Technik, für die sie tätig sind, auch eine Zukunftsperspektive hat.“

Daraus folgt: Der Atomausstieg kann nur erreicht werden, wenn wir die Atomkraftwerke weiterlaufen lassen – sehr philosophisch...
... sie wissen, dass sie nichts wissen?

Mit diesem teils zitiertem Beitrag hat der gesammelte Sachverstand von 600 ProfessorInnen, die alle dieses Memorandum unterzeichnet haben, gezeigt, dass wir die Entscheidung über Risikotechnologien bloß nicht in die Hand von Experten geben sollten
Arne Brück

Atomausstieg - neues Modell

[vom 6.12.1999 – um für die Zukunft die Übersicht zu wahren]

In den bisherigen Verhandlungen zum Atomausstieg ging es meist um die Festlegung auf Restlaufzeiten. Hierbei waren die Verhandlungen festgefahren, da die Grünen der Atommafia nicht weit genug entgegen kommen können, ohne, dass zumindest ein AKW noch vor den Neuwahlen abgeschaltet wird und die Energieversorger nicht bereit waren auch nur ein abgeschriebenes und baufälliges(!) AKW abzuschalten solange sich damit noch Geld verdienen lässt (wer weiß wie lange es noch dauert

bis zum nächsten GAU

in oder um DEUTSCHLAND wonach keineR mehr auch nur einen Atommeiler mehr vor sich hin brüten lassen mag).

Der BZ vom 6.12 war ein neuer Modellvorschlag für den Atomausstieg zu entnehmen:

Statt von den verbleibenden Jahren für die AKWs zu sprechen kam jetzt das Argument der Gesamtstromproduktion. Diese sollte laut BZ auf 2500 Terawattstunden (TWh) begrenzt werden, dafür sollten aber noch vor der Bundestagswahl

vier Meiler vom Netz gehen.

Die 2500 TWh entsprechen bei derzeitiger Produktion, wie mensch der weiteren Presse entnehmen konnte einer durchschnittlichen Restlaufzeit von 32,5 Jahren. Da aber ja vier Reaktoren vom Netz gehen sollten blieben somit für die restlichen noch eine Summen von 35 Jahren. Soweit so gut (schlecht).

Die zuständigen Stellen überschlugen sich regelrecht diese Meldung zu dementieren(Energieversorger) bzw. konnten nicht schnell genug behaupten, noch nichts von dem Modell gehört zu haben. Die Atomkonzerne ließen aber recht schnell durchblicken, dass sie mindestens 3000 TWh (= 42 Jahre Restlaufzeit) fordern würden, wenn die „Grünen“ denn die Diskussion über dieses Modell eröffnen würden. Dies allein ist Grund genug an den „Gehalt“ dieses Modells zu glauben (hätten wir unseren guten Glauben nicht längst verloren).

Ein Grund für die Atomindustrie, auf ein solches Angebot einzuge-

hen (von wem kommt es noch einmal?) könnte sein, dass in den Atomkraftwerken Stade, Biblis, Neckarwestheim und Phillipsburg die Lagerkapazität für abgenutzte Brennelemente innerhalb des nächsten Jahres erschöpft sein wird, wenn keine neuen Castortransporte aufgenommen werden können. Wie der Zufall es nun einmal will gehören zu den Atommeilern, die frühzeitig abgeschaltet werden sollen auch Stade und Biblis A, deren Weiterbetrieb ohnehin nicht sicher ist. Zu den am wenigsten rentablen AKWs gehören auf jeden Fall alle vier. Zum Abschluss noch ein kleines Rechenexempel: Ich nehme an, dass die Atommafia an einer produzierten Kilowattstunde (kWh) „nur“ zwei Pfennige verdienen. Diese Abschätzung ist bestimmt nicht viel zu hoch gegriffen. Bei einer Produktion von 2500 TWh errechnet sich hieraus ein gesamter Verdienst von

50.000.000.000 DM.

Diese Zahl mit den vielen Nullen sind 50 Milliarden Mark, also Tausend mal mehr als sogenannte Peanuts, bei denen sich schon kein normaler Mensch mehr vorstellen kann wie viel das überhaupt ist.

Ehlert Engel

Konsens ist Nonsense?

Schon komisch, die Antiatomis: selbst immer was von Basisdemokratie und Konsensprinzip erzählen und dann, wenn die Regierung dies probiert, wird gemeckert. Ist diese Verschmähung des Versuchs, einvernehmlich über die Zukunft der Energiepolitik abzustimmen, gerechtfertigt? Einige Gedanken zu den Konsensgesprächen.

Prinzipiell ist die Idee, einen gemeinsamen Weg für die Lösung eines Problems zu finden, ja durchaus zu befürworten. Doch

das Konsensprinzip stellt auch hohe Anforderungen an die Diskussionsteilnehmenden

und benötigt bestimmte Grundlagen, um funktionieren zu können.

1. Ein Konsens ist meist nur zu erreichen, wenn die Diskutierenden nicht zu einem für sie essentiellen Streitpunkt eine antagonistische Meinung haben
2. Das Konsensprinzip fordert von den Diskutierenden, den Willen zur gemeinsamen Entscheidung über die eigenen Interessen zu stellen.

Die Betrachtung allein dieser zwei Punkte zeigt auf, dass eine erfolgreiche Findung eines Konsens für den Atomausstieg von vornherein äußerst fraglich war. Seit der Ölkrise 1973 ist Energiepolitik vor allem auf Kernenergiepolitik zu reduzieren. Die Frage nach Atomkraft ja/nein ist für die Energiekonzerne eminent wichtig, und ihr Standpunkt absolut antagonistisch zu dem der Atomkraftgegnerinnen, und nach dem Koalitionspapier von rotgrün eigentlich auch zu dem der parlamentarischen Mehrheit. Punkt eins wäre somit nicht erfüllt.

Zu Punkt zwei müsste an sich nichts gesagt werden, die Diskussionen machen den Egoismus der Atomkonzerne deutlich. Es geht darum, den Ausstieg so weit wie möglich wegzuschieben und möglichst viel Profit daraus zu schlagen. Im übrigen ist ein Narr, welcher Bundeskanzler etwas anderes in unserer Marktwirtschaft erwartet hätte. Und so ist der Konsens weit weg, die Pro- und Contra-Repräsentantinnen sind wieder zurück in ihre Gräben gekehrt und der Streit um Atomkraft geht wieder verstärkt zurück auf die Straße. Man kann über diese Rückentwicklung im Streit um Kernkraft geteilter Meinung sein, doch zwei Punkte lassen diese in meinen Augen vorteilhaft erscheinen: zum ersten werden damit auch wieder die Menschen in die Diskussion eingebunden, die ebenfalls eine Meinung zur Atomkraft haben, bei Konsensgesprächen allerdings keine Beteiligung hatten. Atomkraft geht nicht nur die Regierung und die EVUs etwas an, sondern

die gesamte Bevölkerung.

Und die Regierung kann nicht behaupten die stark divergierenden Meinungen der Bevölkerung zu

repräsentieren. Der zweite Vorteil, den ich bei diesem „Rückschritt“ sehe, ist der stärkere Druck, der von der Straße ausgeht. Das Thema Atomkraft ist durch Castorblockaden, und Großdemonstrationen, Bürgerinneninitiativen und sogenannte militante Atomkraftgegnerinnen zu einem großen Politikum geworden, das in der Tat mehr Druck ausüben konnte als der Konsenswille einer gespaltenen Bundesregierung. Diese nahm sich im übrigen von Anfang an fast jeden Wind aus den Segeln, indem sie angab, einen Atomausstieg werde es nur im Konsens mit der Atomlobby geben. Was für ein Schachzug!

In diesem Sinne: Konsens ist Nonsense!

Ingmar Harry

Bitte alle aufsteigen !

... denn da es Gerhard nicht kann, müssen wir ihm jetzt halt aktiv dabei helfen und selbst aktiv werden.

Na- schon erkannt, wovon dieser Artikel handelt ?

Richtig: Über den verpennten Einstieg in den Ausstieg. Über ein Jahr nach der Wahl einer Regierung, die sich den raschen Atomausstieg in ihren Grundsatzprogrammen, Wahlversprechen und Koalitionsvertrag auf die rötlich-grünen Fahnen geschrieben hat, ist es Zeit für eine erste Bilanz.

Eine ernüchternde Bilanz !

- ◆ Alle 19 deutschen AKW sind noch am Netz
- ◆ Sie werden dies wohl auch auf absehbare Zeit, die nächsten 35 Jahre bleiben.
- ◆ [Rechne mal aus, wie alt Du dann schon bist, und was Dir als persönliche Restlaufzeit noch bleibt - falls bis dahin hier nichts passiert!]
- ◆ Neue Zwischenlager an den AKW selbst sollen deren hoffentlich ordentlichen Weiterbetrieb sichern
- ◆ In allernächster Zeit, also schon in einigen Wochen oder Monaten, werden wieder Castoren ihre strahlende Fracht mit Hilfe von massiver Polizeigewalt durch dieses unser Land spazieren fahren

Das alles wirft folgende Fragen auf:

Welchen Stellenwert messen unsere Volkstreter dem Recht auf Leben und Gesundheit (GG Art 2,2) denn noch bei ? Welches Recht hat das öffentliche Interesse unseres Volkes und nicht zuletzt der Schutz von Umwelt und Klima ? - Gegenüber den Profitinteressen der Betreiber dieser strahlenden, umwelt- und klimaschädlichen Technologie von gestern.

Die Forderung der Atommafiosi nach einer Entschädigung wie hoch auch immer ist unverschämt, zutiefst unmoralisch und zynisch. Sie gleicht folgender Geschichte:

Jemand hat (mit einem frisch geliehenen Auto) die zulässige Fahrgeschwindigkeit von 50 km/h innerorts um das fünftausendfache überschritten. Bei seiner Geisterfahrt durch das Dorf mit Überschallgeschwindigkeit hat er eine Gruppe spielender Kinder überfahren und getötet. Doch er ist von einer Gruppe uniformierter "Grüner" (= "unsere" Polizei) dabei beobachtet worden. Also hält er an, beschwert sich, warum die Straße nicht breiter ist und verlangt von den ratlosen Polizisten ein Eis mit 19 Kugeln gelben Zitroneneis.

Na, - ist diese Geschichte verständlich ? Fakt ist leider nämlich, dass die Atomkraftbetreiber jahrelang mit Billigung der jeweiligen Regierung(en) die (ohnehin zweifelhaften) gesetzlichen Grenzwerte dieser Größenordnung überschritten haben. Eine klare Rechtsbeugung - und das völlig ungestraft und staatlich sanktioniert und gebilligt.

[Im Gegensatz zu irgendwelchen Demonstranten und Kritikern, die man für seine Freunde auch schon mal schikanieren, kriminalisieren und herhauen kann :-(]

... auf diese Beschwerde hin suchen sie gemeinsam nach einer Lösung und beschließen, gemeinsam die Eisdiele mit den billigsten Kugeln zu suchen. Sie machen sich gerade auf den gemeinsamen Weg, aber plötzlich ...

Frust ? Ohnmachtsgefühle ?

In diesem Fall hilft nur der persönliche Atomausstieg, denn während unsere Volks(ver)treter in Berlin weiter pennen, kann jede und jeder von uns heute schon ganz persönlich AKTIV werden. Schreibt selbst an dieser Geschichte weiter. Schlagt mit den selben Mitteln zurück, nämlich mit dem Geld. Grabt denen Cent um Cent den Strom ab, bis sie sich yello ärgern !

- ◆ Spart kWh um kWh soviel Strom wie möglich (Stichwort Effizienz)!
- ◆ Kauft den Rest bei einem grünen (= einem ökologischen) Anbieter !
- ◆ Sprecht Freunde, Bekannte und Verwandte auf diese Möglichkeiten an!

Zum Hintergrund:

Seit April 1998 ist der deutsche Strommarkt *liberalisiert*. Das heißt, dass die alten Gebietsmonopole der Stromversorger, auf denen sie sich seit 1935 ausruhen konnten, aufgehoben sind. Nach Jahrzehnten der (national-) sozialistischen Rahmenbedingungen für unsere Stromversorgung hält die Marktwirtschaft jetzt - wie auch vor kurzem im Fernmeldebereich - Einzug in unsere Kabel.

Dies ist eine Chance und ein Risiko für den Aufbau einer nachhaltigen Stromversorgung.

Einer Stromversorgung ohne Atomkraft, mit einem möglichst geringen Anteil der restlichen fossilen Energieträger (Öl, Kohle, Gas); - und stattdessen einer hohen Effizienz durch Energiesparen und Blockheizkraftwerke und den

Einsatz regenerativer Energiequellen (Wind, Wasser, Sonne, Biomasse). Ein Risiko, denn einerseits gibt der Staat damit ja ein weiteres Stück seiner Souveränität und direkten Einflussnahme auf.

Eine Chance, denn andererseits haben wir kritischen, qualitäts- und preisbewussten Verbraucher jetzt die Möglichkeit, den Energie-Mix unserer Stromversorgung endlich aktiv zu bestimmen: Indem wir das Spiel durchschauen (das neuerdings auch durch Werbung für fadgelbe Billigströme geführt wird) und lernen, mitzuspielen: Indem wir über die Macht unserer Nachfrage die richtigen Leute mit den richtigen Ideen unterstützen. Gemeinsam statt einsam. Und los geht's.

Anleitung zum Widerstand: Grüne Fußwege durch den Stromdschungel

Eine Vielzahl von Anbietern konkurriert bereits auf dem neuentstandenen Strommarkt - mit verschiedenen Tarifen, Laufzeiten und eben auch mit Ökostrom und oft erst mal verwirrenden Aussagen. Den Strommarkt kann man sich wie einen großen See vorstellen, auf dessen einer Seite einige Leute sitzen und etwas hereinschütten und von vielen anderen Leuten dafür individuell bezahlt werden, die auf der anderen Seite etwas heraustrinken. Doch wer die Wahl hat, hat auch die Qual:

- ◆ Will ich weiterhin Billigstrom von den alten Monopolisten mit unbenannter Herkunft, also größtenteils aus Kohlekraftwerken und Atomkraftwerken ?
- ◆ Oder will ich durch den Kauf von Ökostrom den Bau und von modernen Wind- oder Wasserkraftanlagen, Solarzellen und hocheffizienten Blockheizkraftwerken und damit den Anteil sauberer regenerativer Energiequellen fördern ?

Kurze Bedienungsanleitung zum Stromwechsel:

Zum einen ist das Wichtigste sowohl für die Umwelt, als auch für den eigenen Geldbeutel die konsequente Einsparung von Energie (Stichworte: Heizen und Kochen mit Gas oder Holz, Standby-Schaltungen aus, Energiesparlampen ein, ...).

Zum anderen die Wahl des richtigen Anbieters. Denn es versuchen auch die bisherigen Stromanbieter einen Teil ihres Stromes, - den Strom aus ihren bereits gebauten Wasserkraftanlagen - als Ökostrom abzusetzen. Das ist auf den ersten Blick nicht verwerflich, aber dennoch hochproblematisch: Ihr als Öko-IdealistInnen werdet hier nämlich einfach mit einem Aufschlag für ohnehin schon gebaute Wasserkraftwerke zur Kasse gebeten und das von Konzernen, die hauptsächlich umwelt- und klimaschädliche fossile Kraftwerke wie Kohle- und Atomkraftwerke betreiben. Dadurch entsteht kein einziges neues ökologisches Kraftwerk. Gleichzeitig wird den neuen Anbietern aufgrund der bisher fehlenden Rahmenbedingungen durch übertriebene Netznutzungsgebühren ("Durchleitungsgebühren") der Marktzugang erschwert und das Leben schwer gemacht.

Lassen wir diese Rechnung nicht aufgehen !!!

Andreas Kirch,
BUND-Hochschulgruppe an der
GhK Witzenhausen

Warnung:

Dieser Artikel kann und soll kein Sachartikel zu oder gegen die Nutzung von Atomkraft oder der anderen fossilen Energieträger sein. Ich habe hier weder den nötigen Platz, noch die nötige Lust mehr, die längst bekannten todsicheren Risiken der Atomtechnik (Stichworte: Niedrigstrahlung, Endlagerung/"Entsorgung", Super-GAU) oder anderen fossilen Energieträgern (Stichworte: Treibhauseffekt, Schadstoffemissionen) zu wiederholen.

Macht Euch das bisschen Mühe und informiert Euch zum Beispiel beim BUND, Greenpeace oder den Resten der Bekenntnis-GRÜNEN bei Euch vor Ort, in den Printmedien oder im Netz. Und kriegt endlich den Arsch hoch und werdet AKTIV !!!

Eine Milleniums-Mähr

An einem lauen Spätsommertag mache ich mich auf meinen abendlichen Spaziergang, hinaus aus unserer Kleinstadt, einmal zu dem Hügel in der Nähe des Windrades und zurück. Es fällt mir wieder mal auf, wie viel mehr Leute ebenfalls spazieren gehen, wir grüßen uns freundlich (denn im Gegensatz zu früher kennen sich die meisten Menschen der Kleinstadt gegenseitig), schwatzen ein bisschen und trotten dann gemütlich weiter. Beim Weg auf den Hügel bewundere ich wie weit der Wald schon die ehemalige Schneise der Hochspannungsleitung in Besitz genommen hat. Ein mildes Lächeln steigt mir bei der Erinnerung an diese Stahlskelette ins Gesicht.

Oben angekommen sehe ich auf unsere Stadt, die tiefstehende Sonne spiegelt sich orange im einem der Solardächer wider. Wie ein Mahnmal ragt der Schornstein des alten Kohlekraftwerks empor, doch Rauch steigt da schon lange nicht mehr hoch. Nur noch das Blockheizkraftwerk am Krankenhaus produziert „genug“ Rauch, dass man es von hier aus noch lokalisieren kann. Ja, vor einigen Jahren sah es ganz anders aus. Doch dann kam die alles verändernde Nacht für die industrialisierten Zivilisationen...

Silvesterabend 1999. 0 Uhr. Es knallt. War das ein Feuerwerkskörper? Nein, das war der Sicherungskasten. Alles ist dunkel. Stille, die Musik ist aus, der Fernseher auch. Stromausfall - alles was sonst läuft, steht jetzt still, nichts funktioniert mehr.

Milleniumwahn! Auch wir sind ihm verfallen. Was passiert, wenn am 1.1.2000 buchstäblich die Lichter ausgehen? Was wären die Auswirkungen, wenn in Mitteleuropa das Stromnetz zusammenbrechen würde? Wir nehmen das vielbelastete Datum zum Anlass, uns Gedanken über unsere Abhängigkeit vom Strom zu machen.

Eine allgegenwärtige Abhängigkeit. Sie beginnt morgens bei der Kaffeemaschine oder dem Tauchsieder, zieht sich dann durch den ganzen Tag über Computer, Telefon, Stereoanlage, Herd, elektrisches Licht...

Dies sind alles Einflüsse auf das Individuum, faktisch ist jedoch die gesamte Gesellschaft von Strom abhängig. Sowohl der Straßenverkehr würde ohne Ampeln zusammenbrechen als auch der elektrifizierte ÖPNV. Die Nachlieferung fossiler Brennstoffe würden auch schnell versagen, fiel doch die Elektronik an den ganzen Leit- und Verteilungsstellen aus.

Im Zeitalter der Computer wären Büros, Banken und Betriebe ohne Strom völlig aufgeschmissen. Keine Geldautomaten und keine Kontoabfrage funktionieren mehr, weder Roboter noch Förderband bewegen sich noch.

Keine Telekommunikation! Das selbstverständliche Telefon ermöglicht es nicht mehr, die entfernt lebenden Freunde nach dem Befinden in diesem Chaos zu fragen, selbst Boris Becker kommt nicht mehr ins Internet und am Fernsehen haben Fliege und Bärbel Schäfer Sendepause.

Das Chaos würde allerdings für einige auch den großen Coup bedeuten. Keine Alarmanlagen, keine Mobilität wegen Verkehrschaos, keine Fernsprechsyste - in New York dauerte es bei einem Stromausfall vor wenigen Jahren keine Stunde, bis Plünderungen das Straßenbild beherrschten.

Unsere heutige Gesellschaft ist völlig auf die unversiegbare Stromquelle angewiesen und es steht fest, dass bei einem Stromausfall bereits nach wenigen Tage der Ausnahmezustand herrschen würde. Doch mancheR könnte diesem Verlust vielleicht auch etwas positives abgewinnen. Elektrosensible könnten Aufatmen, RomanikerInnen würden eine stärkere Sozialisierung der individualisierten Menschen bemerken und vielleicht würde die Geburtenziffer nach 9 Monaten erheblich steigen.

Das Eingangsszenario stellt für mich auf jeden Fall eine bessere Alternative dar: eine dezentrale und möglichst komplett regenerative Stromversorgung und Menschen, die einen bewussten Umgang mit Strom verfolgen und dementsprechend sorgsamer (also weniger verschwenderisch) damit umgehen.

Doch wie ich schon wieder ins Träumen von einer besseren Welt komme wache ich schnell auf, denke daran, dass ich in Mitteleuropa wohne und verwerfe alle Utopien. Nein, hier müsste schon ein Wunder passieren, damit so etwas geschieht. Millennium? Noch zwanzig Tage...

Ingmar Harry, Iris Kunze

Stromeinspeisegesetz

Das Stromeinspeisegesetz stellt eine wichtige Grundlage für den Ausbau der regenerativen Energien in Deutschland dar. Die bisher gültige Fassung des Gesetzes sah eine Abhängigkeit der Vergütung vom durchschnittlichen EndverbraucherInnenstrompreis in Deutschland vor, und begrenzte die Abnahmeverpflichtung des regenerativ erzeugten Stromes durch die in der Erzeugungsregion zuständigen Energieversorger auf 5% ihres im Jahr verkauften Stromes. Waren diese 5% erreicht, konnte der zuständige Energieversorger die Kosten für die Vergütung des regenerativen Stromes an den vorgelagerten Netzbetreiber, sofern vorhanden, weitergeben (erster 5% Deckel). War auch beim vorgelagerten Netzbetreiber 5% der Jahresstrommenge erreicht, erlosch die Vergütungspflicht für jede weitere Kilowattstunde Ökostrom (zweiter 5% Deckel).

Neben Zahlreichen Versuchen der alten Energieversorgungsunternehmen durch Verfassungsklagen und Anzeigen bei der EU dieses Gesetz zu kippen, ist mittlerweile in Norddeutschland der zweite 5% Deckel „vollgelaufen“.

Aus diesem Grund, und aufgrund von Bedenken gegen die alte Gesetzesfassung seitens der EU wird das Stromeinspeisegesetz zur Zeit überarbeitet und soll in Kürze in einer neuen Fassung in den Bundestag gebracht werden.

In der Überarbeitung entfällt der Schutz des Atom- und Kohlestromes vor regenerativen Energien durch den zweiten 5% Deckel, und auch die Bedenken der EU werden in der neuen Fassung ausgeräumt.

Da der Gesetzesentwurf bis zum Redaktionsschluss leider noch nicht endgültig fertig war, werden wir im nächsten HUI ausführlich darüber Berichten.

Energie- Literatur:

Weitere Infos zum Thema

Regenerative Energien:

- ◆ *Solarbrief* (6mal im Jahr) Solarenergieförderverein e.V.: www.sfv.de
- ◆ *Energiedepesche* (4mal im Jahr) Bund der Energieverbraucher e.V.: www.energiedepesche.de
- ◆ *Sonnenenergie* (monatl.) Deutsche Gesellschaft f. Sonnenenergie e.V., München
- ◆ *Neue Energie* (monatl.) Bundesverband Windenergie e.V., Osnabrück
- ◆ *Sonnenenergie & Wärmetechnik*: www.bva-solar.de

Gesetzliche Grundlagen:

- ◆ Ökoinstitut e.V.: www.oeko.de
- ◆ Architekt Jürgen Steinfeld, Dortmund: http://home.netsurf.de/juergen.steinfelders/js_Bauen2.htm (Wärmeschutzverordnung, Förderungsmöglichkeiten)
- ◆ Ökoinstitut Freiburg: <http://www.oeko.de>
- ◆ Verband deutscher Elektrizitätswerke (VDEW): <http://www.strom.de/>:Energiepolitik, Gesetzesgrundlagen, Strommarkt
- ◆ Büdenbender, U., Heintschel, W., Rosin, P.: *Energierecht I – Recht der Energieanlagen*. 1999; 1072 Seiten (Überblick über Rechtsfragen, Bezüge zu Technik, Ökonomie und Politik)
- ◆ EUROSOLAR: „Label Grüner Strom“ www.eurosolar.org/netzwerk/gslabel.html

Energie

- ◆ Politische Ökologie Nr.61: *Wechselstrom – Anleitungen für eine neue Energiepolitik*. August 1999
- ◆ Reichert, Seifried: *Energiesparen in der Schule – eine Wegbeschreibung*. Freiburg 1997. Ökoinstitut-Verlag (Beispiele, Handlungshilfe, Projekte, Lehr- und Lernmaterial)
- ◆ Kremp: *Durchleitungsentgelte in der liberalisierten Stromwirtschaft*. Freiburg 1999. Ökoinstitut. (Einblick in die Berechnung der Durchleitungsentgelte.

Kritische Beleuchtung der Verbändevereinbarung, Alternativvorschlag einer Netzzugangsverordnung)

- ◆ Fritsche, Cames, u.a.: *Das Energiewendescenario 2000 – Ausstieg aus der Atomenergie, Einstieg in Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung*. Darmstadt/Freiburg/Berlin 1996 Ökoinstitut
- ◆ Ökoinstitut: *Die Energiewende gestalten*. Freiburg 1996 (Leitlinien für einen neuen energiepolitischen Ordnungsrahmen)

Infos zum Stromwechsel:

- ◆ „Politische Ökologie“ 11/99 (Sonderheft zu diesem Thema)
- ◆ „Öko-Test“ 11/99
- ◆ „Greenpeace-Magazin“ V/99, - und das neue HUI :)
- ◆ www.jbn.de, Seite der BUNDjugend Bayern mit vielen Links zu den Seiten von Ökostromanbietern wie der Ökostrom AG, Naturstrom AG, den Stadtwerken Schönau, u.a. und zu einer Seite mit Rechenfunktion, wie sich denn die Stromrechnung im individuellen Fall verändert. Außerdem entwickelt der BUND gerade ein Zertifizierungssystem für Strom aus „kontrolliert ökologischer Erzeugung“. Infos zu diesem Label gibt's demnächst beim BUND (über Link von jbn oder direkt www.bundonline.de)
- ◆ www.greenpeace-energy.de mit einer ebenfalls sehr guten Zusammenfassung der einzelnen Energieversorger zu Preisen, Laufzeiten und Produktionsbedingungen.
- ◆ <http://www.greenpeace.de/stromwechsel>